

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 10.11.2022

Öffentlicher Teil

TOP . Anfrage der Ratsgruppe HAKhier: Ausstellung der Sterbeurkunden
0963/2022
Entscheidung

Herr Oral teilt mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung aus Sicht der Ratsgruppe HAK nicht zufriedenstellend ist. Da er selbst in dieser Angelegenheit involviert war, wurde er Zeuge von mehreren verspäteten Beurkundungen.

Zum vierten Punkt führt er aus, dass er selbst wahrgenommen habe, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Standesamt nicht telefonisch erreichbar waren, obwohl er es mehrfach versucht habe.

Er möchte wissen ob es möglich sei, dass die Bestattungsunternehmen ihre Angelegenheiten direkt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Standesamtes klären. In anderen Städten sei dies der Fall.

Herr Lichtenberg betont, dass die Bestattungsunternehmen in Hagen mit dem in der Stellungnahme genannten Bestatterschrank hochgradig zufrieden sind. Mit diesem Prozess wurde der Verwaltungsaufwand für beide Seiten massiv verringert. Zwischen der Verwaltung und den Bestattungsunternehmen besteht eine rege Kommunikation.

Partielle Nichterreichbarkeit begründet er mit dem stattfindenden Publikumsverkehr. Zu dieser Zeit können Telefonanrufe nicht angenommen werden. Er schlägt für diese Fälle eine Kontaktaufnahme per Mail vor.

Die dargestellte längere Bearbeitungszeit lässt sich damit begründen, dass am 31.10.2022 die Verwaltung aufgrund des folgenden Feiertags geschlossen war und auch kein Notdienst eingerichtet wurde. Dadurch entstand ein geringer Rückstand in der Bearbeitung, der aber schnellstens ab dem 02.11.2022 behoben wurde. Zwischen Weihnachten und Neujahr wird es wieder einen Notdienst geben.

Herr Thielmann merkt an, dass Herr Oberbürgermeister Schulz in der letzten Sitzung zugesagt habe, dass eine Nichterreichbarkeit durch Rufweiterleitungen ausgeschlossen werde. Er kritisiert, dass die Zusage von Herrn Oberbürgermeister Schulz offensichtlich nicht an die Fachbereichsleitungen weitergegeben wurde.

Er bittet eindringlich darum, eine Erreichbarkeit der Abteilungen sicherzustellen.

Herr Oberbürgermeister Schulz stellt klar, dass der Wunsch von Herrn Thielmann in die Verwaltung weitergeleitet wurde. Jedoch kann dies nur für längere Abwesenheiten gelten und nicht für jegliches kurzfristiges Verlassen des Arbeitsplatzes. Eine dauerhafte, flächendeckende Erreichbarkeit kann und wird die Verwaltung nicht zusichern können.